



Finanzpolitik

Luzerner Budget droht abzustürzen

von Erich Aschwanden, Luzern / 21.10.2016, 20:02 Uhr

Kulturschaffende sehen die Existenz der Musikstadt Luzern in Gefahr, die Gemeinden zerpfücken das Sparpaket.

Mit einem dramatischen Appell hat der Intendant des Luzerner Sinfonieorchesters (LSO) am Donnerstagabend die Saison 2016/17 eröffnet. Vor dem Konzert mit der Pianistin Martha Argerich liess Numa Bischof die Zuhörer im KKL wissen, dass er nicht nur die Zukunft seines Orchesters, sondern das Schicksal der Musikstadt Luzern als Ganzes gefährdet sehe. Dann nämlich, wenn der Kanton Luzern, wie im Konsolidierungsprogramm 17 (KP 17) vorgesehen, ab 2018 jährlich rund 500 000 Franken an Subventionen streiche.

520 Millionen Franken sparen

Mit 3 Millionen Franken Subventionen für Konzerte erwirtschaftete das LSO im Rahmen einer Public-Private-Partnership je 3,5 Million Franken an privaten Beiträgen und an Ticket-Einnahmen. «Ohne stabile Grundfinanzierung können wir diese Beiträge nicht mehr generieren und können kein Qualitätsensemble mehr unterhalten», erklärt Bischof auf Anfrage. Das LSO hat nun prominente Unterstützer aus Wirtschaft, Politik und Kultur mobilisiert, um Einfluss auf die Kantonsräte auszuüben.

Als Konzertbesucher hörten Bildungsdirektor Reto Wyss (cvp.) und Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos), zwei «Absender» des Sparpakets, den Protest des Intendanten des Sinfonieorchesters live. Darauf angesprochen, meint Schwerzmann: «Wenn alle Anspruchsgruppen wie Kulturschaffende, Lehrer oder Gemeinden nur ihre eigenen Interessen vertreten, fällt das Sparpaket auseinander. Luzern muss dann einfach in den nächsten Jahren noch mehr sparen.»

Der Finanzdirektor, der am Freitag [das Budget 2017 sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2017–2019](#) vorstellte, ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden. 520 Millionen Franken an Minderausgaben und Mehreinnahmen sind in den nächsten drei Jahren nötig, um den Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Offiziell sehen die Zahlen gar nicht so schlecht aus. So soll das Defizit für das kommende Jahr nur 14,6 Millionen Franken betragen und würde damit innerhalb der Kriterien der Schuldenbremse liegen.

Doch diese Zahl und die gesamte Zukunft des Luzerner Staatshaushalts sind mit sehr vielen Abers verknüpft. Nachdem die bürgerlich dominierten Gemeinden in der vergangenen Woche mit überwältigender Mehrheit [vorsorglich das Referendum gegen mehrere Sparmassnahmen beschlossen haben](#), wird das Konsolidierungsprogramm 17 auseinandergerupft. Auch seitens des Staatspersonals, der Behindertenorganisationen, [der Lehrerschaft](#) sowie weiterer Gruppierungen kommt massiver Gegenwind.

Ein weiteres grosses Aber besteht darin, dass die kurz- und mittelfristigen Pläne der Regierung nur aufgehen, wenn der Steuerfuss ab 2017 von 1,6 auf 1,7 Einheiten erhöht wird. Das Parlament wird diesem Vorhaben voraussichtlich zähneknirschend zustimmen. Doch die SVP hat bereits angekündigt, dagegen das Referendum zu ergreifen.

Es ist daher möglich, dass der Kantonsrat von sich aus das Volk anruft und den Beschluss dem obligatorischen Referendum unterstellt. Dann würde die Volksabstimmung am 12. Februar 2017 stattfinden.

Referendum heisst Stillstand

Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird Luzern nach den parlamentarischen Beratungen im Dezember keinen gesetzeskonformen Voranschlag haben. Es droht ein budgetloser Zustand, während dessen nur gebundene Beiträge ausbezahlt werden –

und damit ein teilweiser Stillstand. Im Extremfall kann dies bis im September 2017 dauern. Bis wieder etwas Ruhe einkehrt, wird es wohl noch einige Misstöne geben.

Luzerner Finanzen

Budgetloch trotz Zwangsferien

von Erich Aschwanden, Luzern / 2.12.2015, 22:02

Im Kanton Luzern werden Gymnasien und Berufsschulen 2016 für eine Woche dichtgemacht.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.